

Protokoll:	UA STA + AKU Mobilität des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	7
		TOP:	3
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	20.10.2020		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Frau Adam (ASW)		
Protokollführung:	Herr Schulz / pö		
Betreff:	Verschiedenes		

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokolle exemplar für die Hauptaktei ist sie in Papier- form angehängt.

Im Sinne der Präsentation berichtet Frau Adam unter dem Tagesordnungspunkt "Ver- schiedenes" über die Fahrradsammelgaragen am Hauptbahnhof und in den Wohnge- bieten.

BM Pätzold ergänzt, die Klett-Passage werde derzeit umgeplant, um dort zwei große Radparkhäuser mit insgesamt ca. 4.000 Stellplätzen zu stationieren. Der Wettbewerb zur Umgestaltung werde auf den Weg gebracht. Nach Beendigung der Bauarbeiten am Hauptbahnhof könnten weitere Ergänzungen erforderlich sein.

Die Fahrradgaragen am Hauptbahnhof empfindet StRin Dr. Lehmann (90/GRÜNE) als Gewinn für die Radfahrenden. Nutzung und Bepreisung müsse man im Auge behalten. Auch im Westen komme man voran. Erfreulich sei, dass der Stuttgarter Süden mit ei- genen Vorschlägen komme. Als problematisch erscheine das Aufstellen von Fahrradga- ragen und Fahrradbügeln in den Wohngebieten. Sie bittet um Informationen zur Zeit- planung für das Aufstellen der Fahrradbügel.

Auf einen im Juli gestellten Antrag hebt StR Ozasek (Die FRAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) ab, der sich auf die Fahrradabstellplätze unter der Pauli-

nenbrücke bezieht. Er mahnt eine Antwort und die Diskussion dazu an. Es bestehe hier Leerstand. Er bezweifle auf Basis der Erfahrungen an der Paulinenbrücke, dass man generell mit dem System auf einem guten Weg sei. Es gebe auch andere Systeme. Er empfiehlt, angesichts der begrenzten städtischen Mittel des Rad-Etats, die potenziellen Hersteller bei der Gestaltung des Wunschsystems mitzunehmen. Die Beteiligung der Hochschulen und des Gestaltungsbeirats bewertet er positiv. Am Ende benötige man ein wirtschaftlich tragfähiges Modell.

Auf technische Systeme weist Herr Lucas (Zweirat) hin, mit welchen man Standortbedarfe innerhalb von fünf Monaten abfragen könne. Angesichts der bereits verstrichenen Zeit äußert er Bedenken, die Bezirksbeiräte einbeziehen, um die Bedarfe zu ermitteln.

Eine Definition der auf den Süden und den Westen folgenden Bezirke hinsichtlich Bedarfsmeldungen, sowie Informationen über die weitere Planung erbittet StR Peterhoff (90/GRÜNE). Zudem interessiere ihn der Stand der Entwicklung zu den geplanten Bike Towers an Bahnhöfen. In Bad Cannstatt sei wohl eine konkrete Fläche benannt.

BM Pätzold betont, man strebe Radgaragen als modulare Systeme und keine Sonderanfertigungen an. Das Hauptthema sei nicht der Bedarf, sondern die Tatsache, vor Ort ein „Stadtmöbel“ mit einer gewissen Größe aufzustellen. Hierzu müsse der Bezirksbeirat eingebunden werden. Deshalb benötige man etwas Zeit, um Akzeptanz herzustellen und um danach das Aufstellen von Fahrradgaragen in andere Bezirke auszurollen. Ziel sei, mit verschiedenen Modulen zu arbeiten, die sicher, abschließbar und buchbar sind.

Er erinnert daran, dass unter der Paulinenbrücke zunächst eine Fahrradservice-Station geplant war. Im Zusammenhang mit den Entwicklungspotenzialen des dortigen Umfelds und mangels eines Gesamtkonzepts habe man sich für die Aufstellung eines sichtbaren Moduls und von Radgaragen entschieden. Die Planungsüberlegungen an der Paulinenbrücke würden fortgesetzt. Er sei sich sicher, dass die Radgaragen am Hauptbahnhof als ÖPNV-Umsteigepunkt auf eine große Nachfrage stoßen werden.

In Stuttgart-West setze er darauf, dass in Folge des Wettbewerbs in Zusammenarbeit mit einem Hersteller ein Modell entwickelt werde, das mehrere Oberflächen oder Gestaltungsmöglichkeiten biete. Es sei davon auszugehen, dass eine Fahrradgarage immer ein großes „Möbel“ sei, insbesondere dann, wenn Lastenfahrräder unterzubringen seien.

Die Ausarbeitungen der Hochschulen sollten bis Jahresende vorliegen, merkt Frau Adam an. Danach könne man, auch im Vergleich mit den derzeitigen Garagen, zwischen Kosten und Nutzen abwägen. Der Vorsitzende ergänzt, letztlich entscheide der Rat, welches Modell ausgerollt werde.

StR Ozasek insistiert, Kosten und Nutzen müssten im Auge behalten werden und wirft die Frage auf, weshalb angesichts des bestehenden Zeitdrucks eine Abfrage unter den Herstellern ausgeblieben sei, um zügiger zu einer Entscheidung zu gelangen. Er bittet um Informationen darüber, ob das neue System steuerlich finanziert werde oder ein technisches System mit Gebührenerhebung sei. Er lehne eine teure Lösung ab, wo möglicherweise ein Betreiberkonzept mit Nutzungsgebühren dahinterstehe. Fahrradparken müsse vor allem in der Nähe von historischem Gebäudebestand möglich sein, wo Fahrradparken auf dem Grundstück mangels Platz nicht gehe. Zum Standort Pauli-

nenbrücke merkt er an, bei der seinerzeitigen Präsentation wurde nicht darüber aufgeklärt, dass man diesen Standort wähle, um eine Fahrradgarage sichtbar zu machen.

BM Pätzold erinnert daran, dass der Bezirksbeirat West Einfluss auf die Gestaltung der Fahrradgaragen nehmen wollte. Dies habe dann dazu geführt, den Gestaltungsbeirat einzubeziehen, was weitere Zeit in Anspruch genommen habe. Bezüglich der Finanzierung der Fahrradgaragen sei der Rat bei der Festlegung der Benutzungsgebühren sehr niedrig eingestiegen, was die Schlussfolgerung zulasse, dass Fahrradgaragen damit nicht finanziert werden sollten. Im Grunde werde wohl die Stadt die Garagen finanzieren müssen. Generell sei aber die Zielsetzung, wetterfeste Garagensysteme mit elektronischer Zugänglichkeit anzubieten, die einfach zu bedienen seien mit gestalterisch ansprechender Lösung.

Zu den Kosten könne man etwas sagen, wenn die Lösungen der Hochschulen vorlägen, ergänzt Frau Adam. Die Fahrradbügel im Süden würden nach Prüfung der benannten Standorte in eine zügige Umsetzung gehen. Bezüglich der Bike Tower liege aus Stuttgart-West eine Anfrage vor. Grundsätzlich sehe man kaum eine Möglichkeit, innerstädtisch einen solchen Turm unterzubringen, da er stadtgestalterisch nicht passe und sehr teuer sei. In den Außenbereichen außerhalb der Stadtgrenzen halte sie solche Türme eher für möglich.

BM Pätzold hebt die Zielsetzung hervor, an den ÖPNV-Knotenpunkten mehr Rad-Abstellanlagen zu installieren. Angesichts der steigenden Anzahl der Radfahrenden wachse der Bedarf, insbesondere auch bezüglich der Pedelecs.

Danach stellt der Vorsitzende fest:

Der UA STA + AKU Mobilität hat vom Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Schulz / pö

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)
Baurechtsamt (2)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
S/OB-Mobil
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
 4. Referat SOS
zur Weiterbehandlung
Amt für öffentliche Ordnung
 5. Referat T
zur Weiterbehandlung
Hochbauamt (2)
 6. BVinnen Mitte, Nord, Ost
BV Süd, West
 7. BezÄ Ca, Bo, De, Feu, Hed,
Mö, Mühl, Mün, Ob, P-B, Si,
Sta, Un, Vai, Wa, Weil, Zu
 8. Rechnungsprüfungsamt
 9. L/OB-K
 10. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS